

Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz

**Arbeits-, Steuer- und Sozialpolitik: Mechanismen um Armut in
Europa langfristig zu bekämpfen**

*Paper für die Teilnahme am Kongress **Momentum08: Gerechtigkeit***

Track #1: Steuer- und Transfereerechtigkeit

Hallstatt (AUT)

25. bis 28. September

Linz, am 28. März 2008

Bernhard Prokop

Marienstraße 12/1

4020 Linz

bernhard.prokop@reflex.at

Inhaltsverzeichnis

<u>INHALTSVERZEICHNIS</u>	2
<u>EINLEITUNG</u>	3
<u>ANALYSE DER VERÄNDERUNG EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK</u>	4
<u>EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK UND IHRE SCHWÄCHEN</u>	7
<u>SOZIALPOLITIK</u>	10
<u>AUSBLICK</u>	13
<u>ZUSAMMENFASSUNG</u>	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	15

Einleitung

Wir schreiben das Jahr 2008. In Europa klafft die Lücke zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander: JedeR Fünfte ist von Armut betroffen oder bedroht (Eurobarometer, 2007, S 60ff). Egal welche Statistik man zu Rate zieht, das Ergebnis verändert sich nur marginal. Dabei ist es eine Tatsache, dass sich die EU aus den reichsten Ländern der Welt zusammensetzt. Somit gilt es folgende Problemstellung genauer zu betrachten: Warum gibt es diese Betroffenheit, und welche Mechanismen kann man verändern, um Armut aus der EU auf lange Sicht zu beseitigen? Welche Möglichkeiten stehen einer nationalistisch organisierten EU zur Verfügung, und wie kann einer der größten und reichsten Wirtschaftsräume der Welt - von einer gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt - auch wirtschaftspolitisch profitieren.

Versucht man an Hand von konkreten, steuerpolitischen Änderungen eine Bilanz zu ziehen, wird man schnell auf eine Tatsache stoßen, die den realen Machtfaktor der Unternehmen (KapitalistInnen) gegenüber Armen und Armutsgefährdeten (ArbeiterInnen und Arbeitslosen) widerspiegelt: Umverteilungspolitik von unten nach oben nach dem Motto „wir nehmen es den Armen und geben es den Reichen“. Armutsbekämpfung sowie eine gemeinsame Sozialpolitik wird innerhalb der EU auf die lange Bank geschoben (Dräger, 2007, S 17f).

In den folgenden Kapiteln handelt es sich um den Ursprung der Anti-Sozialen-Politik in Europa. Im Teil „Analyse der Veränderung europäischer Wirtschaftspolitik“ wird das Konzept von neoliberalen PolitikerInnen und deren Vision verdeutlicht. Im darauf folgendem Kapitel werden Politik und deren Auswirkungen beschrieben. Anschließend sollen mit einer sozialpolitischen Bestandsanalyse in der EU Fakten erläutert werden. Abschließend soll es noch einen Teil mit Visionen für eine Armutsbekämpfung innerhalb der EU geben, wo konkrete Zukunftsinvestitionen zur Diskussion stehen.

Analyse der Veränderung europäischer Wirtschaftspolitik

Einführende Worte

Durch die steigende Dynamik der Kapitalmärkte und die Liberalisierungswelle geriet der Faktor Arbeit in Europa zusehends unter Druck. Gewerkschaften als institutionalisierte InteressensvertreterInnen begannen durch die schlechte Konjunktur Einbußen für den Erhalt der Arbeitsplätze zu machen. Diese Zusammenhänge sind sehr wichtig um auch die Folge dieser Politik für Gesellschaft und Wirtschaft zu erkennen.

Veränderung der Wirtschaftspolitik

Die Europäische Union (EU) wurde in den 80er Jahren des 20ten Jahrhunderts dem Neoliberalismus – nach Jahren des Widerstands – gefügig. Die strukturelle Kausalität zwischen Marktorientierung - als neues angloamerikanisches Wirtschaftsmodell, und Steigerung der europäischen Arbeitslosigkeit – als Preis für den freien Wettbewerb, sind unbestreitbar. Andreas Bieler Professor für Politische Ökonomie erkennt diesbezüglich im gemeinsamen Binnenmarkt - mit seinem Schwerpunkt auf dem freien Wettbewerb und auch an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), sowie der damit einhergehende Niedriginflationpolitik und Preisstabilität, starke Zusammenhänge (Bieler, 2006, 71ff). Van Apeldoorn spricht daher vom hegemonialen Kompromiss des „*eingebetteten Neoliberalismus*“, der vor allem von transnationalen sozialen Klassenkräften des Kapitals getragen wird (Bieler, 2007, S. 6).

Aus diesen Fakten resultieren ungleich verteilte Zwänge, die im Anschluss erörtert werden. Auf der einen Seite schritt die Dynamik des Kapitals durch die Liberalisierungswelle stetig voran, auf der anderen Seite geriet die nationale Wirtschaftspolitik gehörig unter Druck, da wirtschaftspolitische Handlungen (Erhöhung bzw. Senkung von Zinsen) einer Marginalisierung unterlag. Durch den Wettbewerbsdruck der quer durch Europa Einzug hielt, gerieten sowohl ArbeiterInnen wie auch Gewerkschaften – als institutionelle Vertretung immer mehr unter Druck: In den wirtschaftlichen Bereichen mit niedrigen Produktivitätszuwachs begannen sowohl GewerkschafterInnen als auch ArbeiterInnen schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren um wettbewerbsfähig zu bleiben und den Produktionsstandort zu sichern. (Martin/Ross, 1999, S. 340ff)

Martin und Ross kommentieren diese Zwänge der GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen – die durch den Liberalismus hervorgerufen wurden - wie folgt:

„This may happen even without asymmetric shocks, insofar as employers (and governments) seek price advantages, no longer attainable by currency depreciation, through wage and benefit cuts instead.“ (Martin/Ross, 1999, S. 345)

Um die kurze treffende Analyse abzuschließen, aber trotzdem auch eine Antwort auf die Eingangs gestellte Frage „Warum gibt es diese Betroffenheit (Armut), und welche Mechanismen kann man verändern, um Armut aus der EU auf lange Sicht zu beseitigen?“ Wie schon erwähnt übt die Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Märkte großen Druck auf ArbeiterInnen aus. Das Resultat dieses ständigen Liberalisierungsdrucks ist auf der einen Seite eine Senkung der Löhne sowie eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und auf der anderen Seite eine neue Vormachtstellung des Finanzkapitals. (Bieling, 2001, S. 92ff)

Christian Felber steht der Vormachtstellung von Wettbewerb sehr kritisch gegenüber:

Wettbewerb hat sich zum Leitwert der Gegenwart entwickelt. Kein anderer Wert leuchtet im Moment stärker. Wettbewerb gilt als das Natürlichste in der Welt, niemand kann sich dem Wettbewerbdenken entziehen. Benchmarks und Rankings, Castings und Listings halten Einzug in alle Lebensbereiche. [...] Im deutschen Regierungsprogramm von 2005 kommt „Wettbewerb“ 27 Mal vor, „Solidarität“ kein einziges Mal. Im österreichischen Regierungsprogramm von 2007 schaffte die „Solidarität“ zwei Nennungen, „Wettbewerb“ deren 47. (Felber, 2008, S. 103)

Aus diesem Zitat kann man sehr gut ableiten wie der Wettbewerbsgedanke in den Köpfen der EuropäerInnen verinnerlicht wurde. Daher ist es zwar keine Überraschung, dass GewerkschafterInnen den neoliberalen Konzepten zustimmten, jedoch lohnt es sich trotzdem den Bruch näher zu betrachten.

Also zur Frage: Was war überhaupt der Grund, dass Gewerkschaften der Neoliberalisierung der EU zustimmten?

Nowotny sieht durch die „neo-konservative Konterrevolution“ in den Staaten des Westens (EU), eine fälschliche Annahme der Staats- und Regierungschefs, durch den Neoliberalismus Wachstum langfristig auf hohem Niveau zu garantieren. (Nowotny, 1992, S. 11f) Diesem scheinbar fehlerlosen Konzept und dem Projekt des gemeinsamen Marktes stimmten die Gewerkschaften zu. Bieling nennt unter anderem die Gründe für die breite Zustimmung der institutionalisierten ArbeiterInnenvertretung. Erstens, Gewerkschaften akzeptierten Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre den immer breiter werdenden Konsens des neoliberalen Diskurses. Dazu kam noch die wirtschaftliche Rezession – angetrieben durch die Ölkrise Mitte der 70er Jahre – die Gewerkschaften glauben ließ, dass ein gewisses Maß an Deregulierung und Privatisierung wirtschaftliche Vorteil bringen könnte. Der zweite Grund der Zustimmung, so Bieling liegt daran, dass GewerkschafterInnen dachten, der gemeinsame Markt ist auch ein erster Schritt in eine soziale Union. So hätten äußerst notwendige sozialpolitische Regulierungen für ganz Europa getroffen werden können. Drittens, der damalige Präsident der Europäischen Kommission nahm eine Schlüsselfunktion ein, da der ArbeiterInnenschaft soziale Komponenten als Gegenstück zur „wirtschaftlichen Integration“ angeboten wurden. Die Gewerkschaften setzten große Hoffnung in diese Zustimmung, da der Aufstieg zu einem europäischen Machtfaktor so ermöglicht schien. (Bieling, 2001, S. 105) Andreas Bieler formuliert die Problemstellung der Gewerkschaften wie folgt:

Schwieriger war es für Gewerkschaften, die WWU mit den neoliberalen Konvergenzkriterien sowie der unabhängigen, sich außerhalb demokratischer Kontrolle befindenden Europäischen Zentralbank (EZB) zu akzeptieren. Die Gewerkschaften stimmten schließlich der WWU zu, teils weil der Maasrichter Vertrag auch die so genannte soziale Dimension beinhaltete, die es Gewerkschaften und Arbeitgeber auf europäischer Ebene ermöglichte, direkt miteinander zu verhandeln, teils weil sie Anfang der 90er Jahre, einer Zeit der Wirtschaftsrezession und hoher Arbeitslosigkeit, politisch einfach schwach waren. (Bieler, 2007, S. 7f)

Die Unterstützung der Gewerkschaften zu einem gemeinsamen europäischen Markt war zwar nicht unkritisch. Die „europäische Integration“ wurde somit unterstützt, aber darüber hinaus soziale Maßnahmen für die ArbeiterInnenschaft beansprucht, jedoch von den für die Umsetzung zuständigen ProtagonistInnen negiert.

Ableitung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Armut in der EU durch einen verfehlten wirtschaftspolitischen Richtungswechsel hervorgerufen wurde. Tiefe Spuren der Verwüstung wie hohe Arbeitslosigkeit und hohe Armutsbetroffenheit wurden durch den Neoliberalismus in Europa hinterlassen. Ein erschütternd klares Bild kann so über die Auswüchse der neoliberalen Politik in Europa gezeichnet werden. Steuerpolitik und Armutsbekämpfung kann sehr gut verknüpft werden – muss aber nicht. Verteilungspolitischer Wahnsinn und verfehlte Wirtschaftspolitik sind zentrale Problemgenese im nächsten Kapitel.

Europäische Wirtschafts- und Steuerpolitik und ihre Schwächen

Modus

Körperschaftsteuersenkungen, Löcher im Haushaltsbudget und die daraus resultierenden Folgen sind klar: Ein stetig schrumpfender Kuchen der verteilt werden soll. Steuerwettbewerb führt unweigerlich zu Steuerdumping unter dem Deckmantel internationale Investitionen zu ermöglichen. Auswirkung: Kapital wird gestärkt, Arbeit geschwächt.

Verfehlte Politik

Grundsätzlich kann die europäische Wirtschaftspolitik der letzten 10 Jahre mit dem lateinischen Sprichwort *abyssus abyssum invocat* beschrieben werden. Es passiert ein Fehler und alle anderen daraufhin einen ähnlichen Fehler. Einer unter vielen Fehlern: Senkung der Unternehmenssteuer¹ (hauptsächlich Körperschaftssteuer, jedoch auch Bemessungsgrundlagen). Die Auswirkungen: Alle Länder ziehen nach. Das Ergebnis: Steuerwettbewerb. Marterbauer sieht den Impuls für den Steuerwettbewerb vor allem durch die gewährleisteten Steuerbegünstigung der „neuen“ EU-Mitgliedsländer, die überwiegend Steuerbefreiungen für neu gegründete Unternehmungen gewährleisten (Marterbauer, 2006, S. 140). Tabelle 1 soll den Erosionsprozess der Körperschaftssteuersätze innerhalb der EU-15 sowie den 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten aufzeigen.

¹ Setzt sich zusammen aus der Besteuerung des Ertrags, des Verbrauchs sowie aus der Besteuerung der Substanz. Viele Länder besteuern die Unternehmungen nur mit einer Ertragssteuer so genannte Körperschaftssteuer

Track#1

Land	2001	2003	2005
Belgien	40,17 %	33,99 %	33,99 %
Dänemark	30 %	30 %	30 %
Deutschland	26,4 %	27,9 %	26,4 %
Finnland	29 %	29 %	26 %
Frankreich	35,4 %	35,4 %	35,4 %
Griechenland	35 %	35 %	35 %
Großbritannien	30 %	30 %	30 %
Irland	20 %	12,5 %	12,5 %
Italien	36 %	34 %	33 %
Luxemburg	30 %	22,88 %	22,88 %
Niederlande	35 %	34,5 %	34,5 %
Dänemark	30 %	30 %	30 %
Österreich	34 %	34 %	25 %
Portugal	32 %	30 %	30 %
Schweden	28 %	28 %	28 %
Spanien	35 %	35 %	35 %
EU-15 Durchschnitt	31,9 %	30,1 %	29,2 %
Estland	0 % / 26 %	0 % / 26 %	0 % / 24
Lettland	25 %	19 %	15 %
Litauen	24 %	15 %	15 %
Malta	35 %	35 %	35 %
Polen	28 %	27 %	19 %
Slowakei	29 %	25 %	19 %
Slowenien	25 %	25 %	25 %
Tschechien	31 %	31 %	31 %
Ungarn	18 %	18 %	16 %
Zypern	25 %	15 %	15 %
EU-10 Durchschnitt	26,6 %	21 %	18,5 %

Tabell 1

Verfolgt man die politische Debatte über die Körperschaftssteuersätze nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen EU-Mitgliedsländern, so geht hervor, dass diese eine besondere Rolle innehat. Trotz der Wichtigkeit und der oftmaligen Gegenüberstellung des nominellen Körperschaftssteuersatzes hinkt der Vergleich in den meisten Fällen. Die nominelle Steuerbelastung ist zwar ein wesentlicher Indikator, doch geht aufgrund der verschiedensten Gewinnermittlungsmöglichkeiten, den unterschiedlichsten Körperschaftssteuersystemen (Unternehmenssteuersysteme), sowie unzähligen Bestimmungen über Kapitalertragssteuer und gewinnabhängiger Steuern und der Doppelbesteuerungsabkommen der jeweiligen Mitgliedsländer nicht die tatsächliche Abgabenbelastung der juristischen Personen hervor (Saringer, 2006, S 48). Die Bedeutung der Körperschaftssteuer für die Finanzierung eines Staates ist unumstritten. Aus diesem Grund ist es faktisch sogar noch viel wichtiger, extra maßgeschneiderte Begünstigungen für international agierende Unternehmungen und deren Auswirkungen auf die Volkswirtschaft zu verhindern und zu unterbinden (Saringer, 2006, S 53f).

Unter dem Deckmantel der *foreign direct investment,s* kurz *FDI*² wird ein steuerliches (aus Sicht der Unternehmens bzw. Körperschaftssteuer) Umfeld geschaffen, um Kapital anzuwerben. Das Locken des Kapitals und die Auswirkungen auf den Staat sind, durch die engen Verbindungen der Körperschaftssteuersätze, zentrale Kritik im Paper. Das Kapital stellt in der Volkswirtschaft implizit den Motor der so genannten Modernisierungswelle im Produktionsbereich dar. Nach Desai, A.M., Foley, C. und Hines, J.R. werden jedoch FDIs nur dann in Erwägung gezogen, wenn die Indikatoren der Märkte ein hohes Wachstumspotential und somit eine hohe Wachstumsrate versichern, andernfalls werden keine großen Investitionen, die eine Volkswirtschaft verändern könnten, getätigt (Desai, A.M., Foley, C., Hines, J.R., 2007, S 5ff). Unternehmensgewinne müssen daher in diesen Märkten überproportional schnell wachsen, was sich jedoch zu Lasten des Fiskus (verteilungspolitische Einschnitte) und somit zu Lasten der Bevölkerung auswirkt.

Ideologische Grundwerte zum Steuerdumping

Natürlich spiegelt ein Steuerwettbewerb in der Europäischen Union die ideologischen Grundwerte vieler Regierungen wider. Der homo oeconomicus als Grundlage neoliberaler und konservativer Wirtschaftspolitik wird nach wie vor als unfehlbar, allwissend und Nutzenmaximierend anerkannt. Daher ist es nur selbstverständlich, dass der Markt (Wettbewerb) als Regulator essentiell ist, und auch der Steuerwettbewerb daher ein wichtiges, marktwirtschaftlich orientiertes Instrument darstellt. Abseits von neoklassischen Klischees ist die verfehlte europäische Steuerpolitik der wesentlichen Faktor der hohen Arbeitslosigkeit in der Union. (Hermann, 2007, S 32ff) Durch die Harmonisierung der Körperschaftssteuersätze sowie eine Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen, die Festlegung eines Mindeststeuersatzes sowie generell eine Abstimmung der Körperschaftssteuersätze würde es zu Zusatzeinnahmen von zig Milliarden Euro kommen. Diese Einnahmen würden zur Verfügung stehen, um die populistische und nationalistische Armutsbekämpfungspolitik endlich zu verdrängen, und auf einheitliche europäische Beine zu stellen.

² Direktinvestition (engl. Foreign Direct Investment, FDI) bezeichnet man die finanzielle Beteiligung eines Investors (Direktinvestor, Muttergesellschaft) an einem Unternehmen in einem anderen Land (Direktinvestitionsunternehmen, Tochtergesellschaft), die meist dazu bestimmt ist, mögliche Markteintrittsbarrieren (bspw. Handelshemmnisse) zu umgehen und die (zudem) nach Art und Umfang dazu bestimmt ist, einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben.

Ableitung

Trotz der Faktenlage – wie in Tabelle 1 zu erkennen ist - sind die Besteuerungssätze des Groß- Kapitals gesenkt worden. Jedoch ist nicht abzustreiten, dass in vielen europäischen Verträgen Sozialpolitik eine immer wichtigere Rolle spielt. In mehreren europäischen Verträgen geht es beim Thema Sozialpolitik nur um den Aspekt der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen (Hofbauer, 2007, S 39) der Mitgliedsländer um durch Wettbewerb eine Besserung zu erreichen. Im nächsten Kapitel geht es um ein mögliches Europäisches Sozialmodell sowie um die vereinfachte Darstellung der EU.

Sozialpolitik

Einführung

Zu Beginn des Papers wird die Frage aufgeworfen, welche Möglichkeiten einer nationalistischen EU zu Verfügung stehen Armut möglichst gut zu bekämpfen und aus der EU zu verbannen. Genau dieses Thema wird in diesem Kapitel zur Diskussion gestellt.

ESM als Lösung?

Jene Kritiker, die die EU als reine Wirtschaftsunion bezeichneten, die keine sozialpolitischen Visionen vertritt, wurden seit dem Vertrag von Lissabon eines besseren belehrt. Zumindest findet man in der Agenda einen Punkt Soziales. Durch die Diskussion über eine mögliche Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird natürlich der Faktor Soziales massiv aufgewertet. Doch nach jahrzehntelangem Schweigen ist eine Aufwertung noch immer kein Grund zu einem Jubelschrei. Infolgedessen gerät das angestrebte Ziel der Harmonisierung diverser nationaler Sozialmodelle in den Hintergrund. Die EU beschäftigt sich jetzt durchwegs intensiver mit einem eigenen Europäischen Sozialmodell (ESM). Dieses ESM soll mit den ökonomischen Integrationsprojekten kompatibler sein als alle nationalen Systeme. (Savio/Palola, 2005, S. 4f)

In diesem Zusammenhang wird das Konzept ESM als transnationales Konzept erneut entdeckt und dazu genutzt, neue strategische Ziele zu diskutieren. Wichtig ist, dass die Ziele zu einer verbesserten Koordinierung der Sozialpolitik im europäischen Raum führen. In der Europäischen Union wird die Sozialpolitik – wie sollte es auch anders sein - als „produktiver

Faktor“ verstärkt werden (Kom, 2000, 6ff). Wühlt man sich durch die unzähligen EU-Dokumente zum Themenblock Sozialpolitik durch, wird dem/der LeserIn die große Anzahl an „gemeinsamen Herausforderungen“ der Mitgliedsstaaten bewusst. „Eine gemeinsame europäische Identität“ ist Teil der Herausforderungen, die nötig sind um die Modernisierung des europäischen Wohlfahrtsstaates voranzutreiben und vor allem zu rechtfertigen (Jepsen/Serrano Pacual 2005, 241).

Als „Europäische Herausforderungen“ sieht die Kommission (Kom, 2000, S. 7ff) folgende Punkte:

- Ein globaler ökonomischer Wettbewerb.
- Intensive technologische Weiterentwicklungen..
- Der Übergang in die Informations- und Wissensgesellschaft.
- Die Überalterung der Gesellschaft.
- Die enorm gestiegene Zahl der Armen und armutsgefährdeten Personen.

Der Europäische Rat sieht diese Herausforderungen als „natürliche Entwicklungen“. Der Anpassungsprozess ist argumentative Grundlage und zentrale Botschaft aller Schriftstücke.

Die EU gibt sich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik als globale Kompetenzträgerin, doch im Bereich Soziales findetet man eine an das Dogma des Neoliberalismus gekoppelte Sozialpolitik. Dies bedeutet, dass bei der Zielsetzung der „sozialen Eingliederung“ der Faktor Arbeitslosigkeit als „wichtigste Einzelursache für Armut“ bekämpft gehört. Die Kommission ist sich einig, dass eine Absicherung gegen soziale Exklusion nur durch einen Arbeitsplatz möglich ist (Kom, 2000, S. 13). Somit steht erneut der Arbeitsmarkt im Zentrum des Interesses der Europäischen Union. Die Kernaussagen der Kommission lassen sich wie folgt zusammenfassen: Eingliederung der Armutsgefährdeten nur über einen entsprechenden Arbeitsplatz (Kom, 2005, S. 10).

Stößt man auf diese Zeilen, könnte man annehmen, dass der Europäischen Union die Gesellschaft an sich am Herzen liegt. Interpretiert man jedoch diese Aussagen, ist eine Politik des „sozialen Zusammenhalts“ zwar wünschenswert, jedoch nur unter dem Gesichtspunkt initiiert um eine „zu geringe Nutzung von humanen Ressourcen“ zu verhindern (Kom, 2005,

S. 7). Das heißt, auch hier wird eine Sozialpolitik vermarktet, die jedoch nur unter dem Deckmantel eines europäischen Produktivitätseinbruchs gehandelt wird.

Die Thematisierung eines transnationalen ESM Modells war sicherlich ein sehr wichtiger Schritt für die Europäische Union und deren Institutionen. Das „Europäischen Sozial Modell“ bekommt obendrein eine funktionale Bedeutung: Wettbewerbsfaktor der EU. Die EU-Institutionen sehen ein mögliches ESM als Baustein für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieses zentral europäische Gedankengut, widerspricht dem neoliberalen Radikalismus der eine Zerschlagung des Sozialstaats vorsieht. In Europa forcieren die Staaten einen „wettbewerbsorientierten Um- und Rückbau“.. (Urban, 2004, S. 1ff)

Durch die oben genannte, europäische Wirtschaftsintegration im Freihandel werden die EU-Mitgliedsstaaten unter Druck gesetzt um nationale wirtschafts- und sozialpolitische Systeme an den Markt und deren neoliberale Mechanismen anzupassen (Ziltner, 1999, S. 22ff). Elementar daran ist, dass die Forcierung der strukturellen Änderungen nicht zu den erwünschten, neoliberalen Ergebnissen führt. Wettbewerbsfähigkeit in einem wirtschaftsorientierten Europa muss über eine neue Art von Sozialpolitik hergestellt werden. Eine problematische Begleiterscheinung ist die stetige Unterordnung der Sozialpolitik gegenüber der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. Jamie Peck bezeichnet genau diese Konstellation als Workfare-Politik (Peck, 2001, S. 77ff). Ein anderes Konzept, das sich maßgeblich von der Workfare-Politik abgrenzt, ist die Welfare-Politik. Die Konzeption nach Esping-Andersen beruht auf dem Ausbau von sozialen Rechten der Bürger und Bürgerinnen (Esping-Andersen, 2002, S. 5ff). Bei der Workfare-Politik wird soziale Sicherung nicht mehr als solidarisches Recht betrachtet, sondern vielmehr als eine Investition.

[...] Sozialpolitik soll also nicht mehr unsoziale Ergebnisse des Marktes korrigieren oder Marktlogiken gar aufheben, sondern wird so selbst Element des Marktes. Diese marktaktivierende Sozialpolitik degeneriert zu einer „Wirtschafts(förderungs)politik“ und zu einer Politik der „Stärkung der Selbstbehauptungsfähigkeit des Einzelnen“ im Markt. Anzunehmende Widersprüche zwischen sozialen Rechten und sozialem Ausgleich einerseits und Markt und Wettbewerb andererseits werden auf diese Weise zunächst de-artikuliert und die Idee einer eigenständigen gesellschaftsgestaltenden Sozialpolitik verschwindet schließlich. (Hofbauer, 2007, S. 44)

Ableitung

Um in der Sozialpolitik entsprechende Maßnahmen zu setzen und eine Armutsbekämpfung in Europa bzw. in der Europäischen Union zu erreichen, ist es von äußerster Wichtigkeit, eine Installation von Schutzmechanismen vorzusehen um den Sozialstaat langfristig zu erhalten. Entscheidend in einem ESM wird sein, wie die Einzelinteressen der Mitgliedsländer zu einem Gesamtinteresse entwickelt werden können. Im folgenden Punkt „Ausblick“ geht es um mögliche Investitionen und Herausforderungen um Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu langfristiger Armutsbekämpfung benützen zu können.

Ausblick

Es ist nicht genug, einen Diskurs über mögliche Herausforderungen zu führen, sondern es ist äußerst nötig, Antworten und Lösungen zu präsentieren um einen möglichst soliden und menschnahen Start in das 21. Jahrhundert zu ermöglichen.

- Ω Zu aller erst muss es eine Adaptierung der Steuern geben. Das Kapital muss gleichermaßen besteuert werden wie Arbeit. Eine Ungleichbehandlung dieser zwei Faktoren ist für die Menschen nicht verständlich.
- Ω Der Steuerwettbewerb innerhalb der EU muss unterbunden werden. Diesbezüglich bedarf es eine einheitliche Richtlinie der EU, welche eine diesbezügliche Regelung vorsieht. (Mit Steuerwettbewerb ist gemeint, dass Einzelstaaten Steuer-sparende Angebote an Unternehmungen machen; zB 12,5 KÖSt)
- Ω Die Mitgliedsstaaten müssen die nationalen Interessen hinter die gesamt-europäischen Interessen stellen um ein mögliches „Europäisches Sozialmodell“ zu ermöglichen.
- Ω Europa benötigt eine Wirtschaftspolitik, die Infrastrukturinvestitionen forciert, um einerseits Vollbeschäftigung zu ermöglichen und andererseits die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeitsplätzen vorantreibt.
- Ω Um dieses Ziel zu erreichen ist eine inkrementelle Änderung der Beschäftigungspolitik nötig, die vor allem zu einem höheren Anteil der Frauen-Erwerbsbeteiligung führt.

Track#1

- Ω Es ist für die Menschen von äußerster Wichtigkeit, dass es ein „engmaschiges Sozialnetz“ gibt, das aber trotz allem flexibel und individuell gestaltet ist.
- Ω Zukunftssicherung der Sozialleistungen - ohne Einbruch der sozialpolitischen Leistungsfähigkeit bei der aktuellen demographischen Entwicklung.
- Ω Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft hinsichtlich Einkommensunterschiede sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Ω Ein Europa der Bürger und Bürgerinnen benötigt verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, sowie spezifische Beschäftigungs- und Qualifikationsinitiativen.
- Ω Europa benötigt Schwerpunktsetzungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung und dem „lebensbegleitenden Lernen“
- Ω Es ist sehr wichtig, dass die EU eine Trendwende vollzieht und nicht nur die Politik sondern auch die Wirtschaft den neoliberalen Dogmen, Privatisierungen und Deregulierungen den Rücken zu kehrt.

Jeder einzelne Vorschlag in diesem letzten Teilbereich würde eine Änderung der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik unweigerlich nach sich ziehen. Gleichberechtigung wie auch ein soziales Netz gepaart mit zukunftsweisenden Investitionen in Infrastruktur und in Forschung/Entwicklung sind wesentliche Teile um Europa langfristig von der Armut zu befreien.

Literaturverzeichnis

Bieler, Andreas (2006): European Integration and Eastward enlargement: A historical materialist understanding of neo-liberal restructuring in Europe; in: Andreas Bieler/Werner Bonefeld/Peter Burnham/Adam David Morton (Hg.) Global Restructuring, State, Capital and Labour: Contesting Neo-Gramscian Perspectives

Bieler, Andreas (2007): Der Kampf für ein soziales Europa: Gewerkschaften und die neoliberale Umstrukturierung der Europäischen Union. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Bieling, Hans-Jürgen (2001): European constitutionalism and Industrial Relations. In: Social Forces in the Making of the New Europe: The restructuring of European social relations in the global political economy. Basingstoke.

Desai, A.M./ Foley, C./ Hines, J.R. (2007): Foreign Direct Investment and Domestic Economic Activity.
URL: [http:// www.econ.berkeley.edu/~obstfeld/281_sp07/foley.pdf](http://www.econ.berkeley.edu/~obstfeld/281_sp07/foley.pdf) (27. März 2008)

Dräger, Klaus (2007): Europäisches Sozialmodell, Wettbewerbsfähigkeit und die neoliberale „Modernisierung“. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Eurobarometer Spezial (2007): Sozial Wirklichkeit in Europa. Bericht.
URL: [http:// www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf) (20. März 2008)

Europäische Kommission (2000). Sozialpolitische Agenda. Brüssel.

Europäische Kommission (2005). Sozialpolitische Agenda. Brüssel.

Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijck, A. and Myles, J. 2002. Why we need a NEW WELFARE STATE. New York: Oxford University Press Inc.

Felber, Christian (2008): Neue Werte für die Wirtschaft: Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Wien: Deuticke im Paul Zsolnay Verlag.

Hermann, Christoph (2007): Neoliberalismus und die Europäische Union. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Hofbauer, Ines (2007): Das „Europäische Sozialmodell“ als transnationales Modernisierungs- und Legitimationskonzept. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Jepsen, Maria/Serrano Pascual, Amparo (2005): The European Social Model: An exercise in deconstruction. In: Journal of European Public Policy. Vol 15(3). London.

Marterbauer, Markus (2007): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien: Paul Zsolnay Verlag

Martin, Andrew/Ross, George (1999): In the line of fire: The Europeanization of Labor Representation. In: The Brave New World of European Labor: European Trade Unions at the Millennium. New York, Oxford.

Nowotny, Ewald (1992): Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik: Ein Überblick. In Ewald Nowotny (Hg.) Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik: Die solidarische Leistungsgesellschaft. Wien.

Peck, Jamie (2001): Workfare-States. London.

Saringer, Martin (2006): Herausforderungen an die Unternehmensbesteuerung in der EU. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Savio, Annikki/Palola, Elina (2004): Post-Lisbon Social Policy: Inventing the social in the confines of the EU. Oxford.
www.apsoc.ox.ac.uk/Espanet/espanetconference/papers/ppr.3A.AS.pdf

Urban, Hans-Jürgen (2004): Sozialpolitik im neuen Europäischen Sozialmodell.
www.linksnet.de/artikel.php?id=1334

Track#1

Ziltner, Patrick (1999): Strukturwandel der Europäischen Integration. Die europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster.

Track#1

Tabelle 1 setzt sich aus folgenden Quellen zusammen:

OECD (2007): PART II. Taxation of Corporate and Capital Income (2007)

[URL:http://www.oecd.org/document/60/0,2340,de_2649_37427_1942460_1_1_1_37427,00.html#table_II2](http://www.oecd.org/document/60/0,2340,de_2649_37427_1942460_1_1_1_37427,00.html#table_II2)

sowie aus folgender Quelle

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/steuerstatistiken/koerperschaftsteuer/statistik/publdetail?id=372&listid